

II- 3053 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
XI. Gesetzgebungsperiode

11. Dez. 1969
Präs.: _____

No. 1505/J

A n f r a g e

der Abgeordneter DDr. Pittermann
und Genossen

an den Herrn Bundeskanzler

betreffend Protest der Arbeitsgemeinschaft der KZ-Verbände
und Widerstandskämpfer Österreichs, gegen die Benachteiligung
des Widerstandskämpfers DDDr. Karl Rössel-Majdan.

Die Arbeitsgemeinschaft der KZ-Verbände und Widerstands-
kämpfer Österreichs hat den Klub der sozialistischen
Abgeordneten und Bundesräte von der nachstehenden Eingabe
an den Generalintendanten der Österreichischen Rundfunk Ges.m.b.H.,
Herrn Gerd Bacher, in Kenntnis gesetzt:

"Sehr geehrter Herr Generalintendant!

Die Arbeitsgemeinschaft der KZ-Verbände und Widerstandskämpfer
Österreichs hat von der Entfernung unseres Kameraden
DDDr. Rössel Majdan als Leiter des Kurzwelldienstes des ORF
Kenntnis erhalten.

Herr DDDr. Rössel-Majdan ist als aufrechter Österreicher unter
Hitler wegen seiner österreichischen Gesinnung und seiner
Betätigung hierfür verurteilt worden, 54 Monate in Haft gewesen
und konnte sich nur durch eine Flucht vor dem sicheren Tode
retten. Sein Bruder wurde im KZ ermordet und auch sein Vater
war wegen seiner österreichischen Gesinnung in der Hitler-Zeit
in Haft.

Unser Kamerad DDDr. Rössel-Majdan ist seit Jahren wegen seiner
Gesinnung bekannt und hat diese auch in seiner Tätigkeit zum
Ausdruck gebracht. Deswegen wurde er auch in das Kuratorium
des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes
auszeichnungsweise aufgenommen. Wenn er nun in diesen Tagen

-2-

von Ihnen, Herr Generalintendant, von seinem Arbeitsplatz als Leiter des Kurzwellendienstes, den er zur Zufriedenheit der demokratischen Öffentlichkeit im In- und Ausland ausgefüllt hat, entfernt wurde, so erblicken wir, die Opfer des politischen Freiheitskampfes gegen Hitler, darin nicht nur eine Diskriminierung des aufrechten Österreicherers DDr. Rössel-Majdan sondern darüber hinaus auch eine Schädigung des österreichischen Ansehens als demokratischen und neutralen Staates. Wir geben mit aller Leidenschaft der Meinung Ausdruck, dass eine unter Hitler übliche Verfolgung von aufrechten Österreichern nicht im Jahre 1969 beim ORF fortgesetzt werden darf.

Wir nehmen an, dass sich diese Tatsachen Ihrer Kenntnis entzogen haben und geben der Hoffnung Ausdruck, dass Sie Ihre Entscheidung in der Sache DDr. Rössel-Majdan rückgängig machen werden. ..."

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an den Herrn Bundeskanzler die nachstehenden

A n f r a g e n:

- 1.) Sind Sie, als Hauptgesellschafter der Österreichischen Rundfunk Ges.m.b.H., bereit, den Aufsichtsrat dieser Gesellschaft auf diese Beschwerde aufmerksam zu machen und diesen zu einer Stellungnahme aufzufordern?
- 2.) Sind Sie, laut § 7 b) des Rundfunkgesetzes, bereit, eine Entscheidung über Massnahmen zur Überprüfung und Überwachung des Unternehmens in der Richtung zu treffen, dass die Massregelung eines verdienten Freiheitskämpfers für die Republik Österreich zurückgenommen wird?

^